Polizeigewalt beim G20-Gipfel in Hamburg 2017

Kein einziger Polizist wurde wegen Polizeigewalt angeklagt.

von Markus Reuter

[3]

Die Straflosigkeit ist eine Bankrotterklärung des vielbeschworenen Rechtsstaats und ein Freibrief für Täter:innen in Uniform. Unmittelbar nach dem G20-Gipfel in Hamburg tauchten dutzende Videos, Fotos und Augenzeugenberichte auf, in denen Fälle von mutmaßlich rechtswidriger Polizeigewalt dokumentiert sind. Die teilweise brutalen Videos lösten eine bundesweite Debatte über Polizeigewalt [4] aus.

Drei Jahre später sind die Ermittlungen so gut wie abgeschlossen. Die traurige Bilanz: Von den 169 eingeleiteten Verfahren, 133 davon wegen Körperverletzung im Amt, hat bislang kein einziges zu einer Anklage geführt.

Täter:innen konnten oftmals entweder nicht identifiziert werden oder die Ermittlungsbehörden hielten den Gewalteinsatz für gerechtfertigt. Mittlerweile sind 120 Verfahren eingestellt. Das geht aus den Antworten auf eine Große Anfrage [5] der Fraktion der Linken in Hamburg hervor. Der einzige erlassene Strafbefehl richtete sich gegen einen Polizeibeamten, der einen anderen Polizeibeamten am Finger verletzte.

Um ein Gefühl zu bekommen, welche Art von Gewalt die Staatsanwaltschaft für gerechtfertigt hält, muss man sich die Beispiele anschauen.

- **G20-Gipfel: Diskussion über mögliche Polizeiübergriffe (Dauer 2:26 Min.)**

Die Polizei habe keine Gewalt angewandt, versicherte der Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz kurz nach dem G20-Gipfel. Aktivisten sammeln Videoaufnahmen, die Zweifel daran aufkommen lassen.

► Das mildeste Mittel?

Eine Frau in roten Leggins und blauem Shirt war auf einenRäumpanzer [6] der Polizei geklettert. Dass die Polizei hier Maßnahmen ergreifen darf, ist unstrittig.

Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz beim polizeilichen Handeln legt fest, dass die Polizei als Träger des Gewaltmonopols immer das mildeste Mittel einsetzen muss, das geeignet und erforderlich ist, um das Ziel einer Maßnahme zu erreichen. Polizist:innen haben nicht das Recht, die für sie einfachste, bequemste, effektivste und schnellste Maßnahme umzusetzen.

In einem längeren Video sieht man [7], dass die Polizei nicht unter Druck ist oder angegriffen wird. Ein Polizist spricht die Frau auf dem Panzer an, etwas später erscheinen etwa 30 weitere Polizist:innen und zwei Wasserwerfer. Das mildeste Mittel ist ganz offenbar, dass die Polizei nun die Frau noch einmal anspricht und dann mit Polizist:innen unter Anwendung einfacher Gewalt vom Dach des Panzers holt.

Stattdessen greifen zwei Beamte zu Pfefferspray, einem Reizstoff, das vom Bundesgerichtshof als gefährliches Werkzeug

[8]“ eingestuft wird und dessen nicht-polizeilicher Einsatz regelmäßig zu Verurteilungen wegen gefährlicher Körperverletzung führt. Der Reizstoff löst starke körperliche Schmerzen aus, außerdem können bei bestimmten gesundheitlichen Voraussetzungen Komplikationen mit Todesfolge auftreten.

Pfefferspray ist offensichtlich nicht das mildeste Mittel, in der Antwort des rot-grünen Senats aber heißt es: Der „Einsatz von Pfefferspray gegen Person auf Räumpanzer war gerechtfertigt“.

► Zusammenschlagen und weitergehen

Im Fall des „Mannes mit den lila Haaren und der Beinschiene“ schlagen mehrere Beamte eine Person, werfen sie zu Boden traktieren sie mit einem Tritt und mehreren Faustschlägen ins Gesicht. Die Polizist:innen lassen irgendwann von ihm ab und gehen einfach weiter. Es sieht damit wie eine Strafmaßnahme aus.

Auch hier wurde das Ermittlungsverfahren eingestellt, „weil die polizeilichen Maßnahmen gerechtfertigt waren“, heißt es in der Antwort.

Es gibt zahlreiche Fälle wie diesen.

Nach dieser „Aufarbeitung“ der Polizeigewalt von Hamburg müssen wir fragen: Was bitte müssen Polizeibeamte eigentlich noch machen, damit eine Maßnahme später nicht mehr als gerechtfertigt eingestuft wird?

► In jedem fünften Fall bleiben Polizist:innen unerkannt

Neben den Entscheidungen, dass derart brutale Vorgehensweisen gerechtfertigt sein sollen, zeigt der Stand der Ermittlungen ein anderes Problem auf: Viele mutmaßliche Täter:innen in Uniform können gar nicht erst identifiziert werden.

In 24 Fällen der 120 eingestellten Verfahren konnten die Polizist:innen nicht gefunden werden. Das ist jedes fünfte Ermittlungsverfahren.

Mit einer konsequenten Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamt:innen ließe sich diese Ermittlungslücke in vielen Fällen schließen. Daran besteht aber auf Seiten von Polizei, Polizeigewerkschaften und konservativer Sicherheitspolitik kein Interesse, die Kennzeichnung wird als „Generalverdacht“ [9] verunglimpft. Bis heute haben mehrere Bundesländer und die Bundespolizei keine Kennzeichnungspflicht [10].

► „Bankrotterklärung des Rechtsstaats“

Der Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV [11]) spricht bei der Aufarbeitung [12] der Polizeigewalt beim G20-Gipfel von einer „Farce“. Es seien keine Ermittlungen, sondern es gehe um die „umfassende Immunisierung der Polizei gegen jede Strafverfolgung“. Philipp Krüger von Amnesty International nennt die bisherige [13] Aufarbeitung „eine Bankrotterklärung des Rechtsstaats“.

Deniz Celik von der Fraktion der Linkspartei in Hamburg sagt gegenüber netzpolitik.org, es sei „unfassbar, dass nach wie vor kein einziger Polizist angeklagt wurde.“ Die derzeitigen Strukturen zur Aufarbeitung und Verfolgung von Polizeigewalt seien offenbar völlig ungeeignet.

Das Signal, das von Hamburg ausgeht, ist fatal: Polizist:innen können sich sicher sein, dass sie selbst in eindeutigen Fällen keine Strafverfolgung zu befürchten haben und dabei die Rückendeckung der Politik genießen. Während gegen mutmaßliche Gewalttäter:innen unter den Demonstrierenden immer wieder die „ganze Härte des Rechtsstaates“ in Stellung gebracht wird [14], bleibt dieser in der Verfolgung von Straftaten von Polizist:innen windelweich und zahnlos.

Ein Rechtsstaat zeichnet sich aber dadurch aus, dass er verbindliche Regeln für alle schafft und auch die staatlichen Organe diesen unterwirft. Der so oft beschworene Rechtsstaat wird sonst zur hohlen Phrase, die einzig und allein der „Desavouierung des politischen Gegners, der dadurch zum inneren Feind gestempelt wird“ dient, wie Danijel Majic nach dem G20-Gipfel treffend schrieb [15].

G20 Hamburg Polizei Gewalt Eskalation durch Fake News legitimiert

Gabriele Heinecke vom Anwaltlichen Notdienst (Dauer 4:47 Min.)

► Es gibt Ideen für Reformen

Der staatliche Umgang mit der Polizeigewalt von Hamburg macht deutlich, dass sich etwas ändern muss, wenn wir der Polizei in Zukunft nicht einen Freibrief für Gewalttaten gegen Protestierende geben wollen.

In einer Demokratie gibt es viele mögliche Reformansätze, die das Ausmaß von rechtswidriger Polizeigewalt eindämmen können. Das fängt mit Kleinigkeiten an, wie die Hürden für den Einsatz von Pfefferspray höher zu setzen und dessen Gebrauch und die dadurch entstehenden Schäden zu erfassen [16]. Eine Kennzeichnungspflicht würde zumindest die Chance bietet, dass Täter:innen in Uniform ermittelt werden können [17].

Wir könnten polizeiliche Befugnisse zurückdrehen oder die Grundrechte von Demonstrierenden stärken. Wir könnten die Militarisierung der Polizei stoppen, mit Anti-Diskriminierungsgesetzen Rassismus bekämpfen [18] oder versuchen die Cop Culture [19] in der Ausbildung der Polizei zu verändern. Es gibt viele Ansätze.

Die Pseudo-Aufarbeitung von Hamburg zeigt aber vor allem eines: Wir brauchen so schnell wie möglich von der Polizei unabhängige Beschwerdestellen, damit nicht die Polizei gegen sich selbst ermittelt und so wie in Hamburg auch die härtesten Rechtsverletzungen unter den Tisch gekehrt werden.

Markus Reuter

Markus Reuter beschäftigt sich mit den Themen Digital Rights, Hate Speech & Zensur, Fake News & Social Bots, Rechtsradikale im Netz, Videoüberwachung, Grund- und Bürgerrechte sowie soziale Bewegungen. Bei netzpolitik.org seit März 2016 als Redakteur dabei. Er ist erreichbar unter markus.reuter | ett | netzpolitik.org

netzpolitik.org ist eine Plattform für digitale Freiheitsrechte. Die Betreiber und deren Autoren thematisieren die wichtigen Fragestellungen rund um Internet, Gesellschaft und Politik und zeigen Wege auf, wie man sich auch selbst mithilfe des Netzes für digitale Freiheiten und Offenheit engagieren kann. Mit netzpolitik.org beschreiben sie, wie die Politik das Internet durch Regulation verändert. Und wie das Netz Politik, Öffentlichkeiten und alles andere verändert. Sie verstehen sich als journalistisches Angebot, sind jedoch nicht neutral. Ihr Haltung ist: Engagement für digitale Freiheitsrechte und ihre politische Umsetzung.

[3]

► **Quelle:** Erstveröffentlicht am 30. Juni 2020 auf NETZPOLITIK.org >>**Artikel** [20]. **Lizenz:** Die von NETZPOLITIK verfassten Inhalte stehen, soweit nicht anders vermerkt, unter der Lizenz Creative Commons (Namensnennung - Nicht-kommerziell - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International (CC BY-NC-SA 4.0 [21]). Die Artikelüberschrift wurde von Helmut Schnug geändert. Die Pressemitteilung des BGHs wurde unverändert von Helmut Schnug ergänzt.

ACHTUNG: Die Bilder und Grafiken im Artikel sind nicht Bestandteil des Originalartikels und wurden von KN-ADMIN Helmut Schnug eingefügt. Für sie gelten ggf. andere Lizenzen, siehe weiter unten. Grünfärbung von Zitaten im Artikel und einige Verlinkungen wurden ebenfalls von H.S. als Anreicherung gesetzt.

► Bild- und Grafikquellen:

1. G20 Hamburg, 7.7.17 - Polizeitruppe mit einem Festgenommenen. **Foto:** Robert Anders. **Quelle:** Flickr [22]. **Verbreitung** mit CC-Lizenz Namensnennung 2.0 Generic (CC BY 2.0 [23]).

2. Gepanzerte Wasserwerfer BLU 1 und BLU 2 im Hamburger Schanzenviertel in der Nacht von Samstag zu Sonntag zum G20 Gipfel. **Foto:** Dustin Hackert. **Quelle:** Flickr [24]. **Verbreitung** mit CC-Lizenz Namensnennung-Nicht kommerziell

2.0 Generic (CC BY-NC 2.0 [25]).

3. G20 Dienstag: Am Abend kam es am am Hamburger Pferdemarkt zu einem Wasserwerfereinsatz und zahlreichen Festnahmen, nachdem Demonstrierende dort nicht die Straße freigaben. **Foto:** Tim Lüddemann. **Quelle:** Flickr [26]. **Verbreitung** mit CC-Lizenz Namensnennung-Nicht kommerziell 2.0 Generic CC BY-NC 2.0 [25]).

4. Martialisch aufgerüstete Polizeieinheit während des G20 in HH. **Foto:** Dustin Hackert. **Quelle:** Flickr [27]. **Verbreitung** mit CC-Lizenz Namensnennung-Nicht kommerziell 2.0 Generic CC BY-NC 2.0 [25]).

5. Demo gegen G20 und Polizeiübergriffe in unserer Elitendemokratie (Demokratur): "**EURE REPRESSION IST UNSERE MOTIVATION**" . **Foto:** Kevin Hackert. **Quelle:** Flickr [28]. **Verbreitung** mit CC-Lizenz Namensnennung-Nicht kommerziell 2.0 Generic (CC BY-NC 2.0 [25]).

6. G20 Gipfel in Hamburg: Natodraht NATO-Draht (S-Draht, Z-Draht, Klingendraht oder Bandstacheldraht, in der Bundeswehr offiziell Widerhakensperrdraht, im österreichischen Bundesheer offiziell Stachelbandrolle oder SB-Rolle) ist eine Variante des Stacheldrahtes, der als Drahtrollen gedreht ist und dessen Aufgabe es ist, ein unerlaubtes Passieren von Personen und in gewissem Umfang auch Fahrzeugen stark zu erschweren oder zu verhindern.

Im Vergleich zu gebräuchlichem Stacheldraht ist der Zeitaufwand, NATO-Draht zu überwinden, höher. Er wird daher bei Anlagen und in Situationen mit erhöhtem Sicherheitsbedürfnis eingesetzt. Weiterhin ist NATO-Draht gefährlicher als Stacheldraht, da die rasiermesserähnlichen Schneiden stärkere Verletzungen als die Stacheldrahtdornen verursachen. **Text:** Wikipedia [29]. **Foto:** Kevin Hackert. **Quelle:** Flickr [30]. **Verbreitung** mit CC-Lizenz Namensnennung-Nicht kommerziell 2.0 Generic (CC BY-NC 2.0 [25]).

Quell-URL: https://kritisches-netzwerk.de/forum/polizeigewalt-beim-g20-gipfel-hamburg-2017-keine-einzige-anklage

Links
[1] https://kritisches-netzwerk.de/user/login?destination=comment/reply/8765%23comment-form
[2] https://kritisches-netzwerk.de/forum/polizeigewalt-beim-g20-gipfel-hamburg-2017-keine-einzige-anklage
[3] https://netzpolitik.org/
[4] https://netzpolitik.org/2019/nie-taeter-immer-opfer-die-polizei-muss-endlich-lernen-mit-kritik-umzugehen/
[5] https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/70790/verfahren_gegen_polizeibedienstete_im_rahmen_des_g20_gipfels_und_der_gipfelproteste.pdf
[6] https://de.wikipedia.org/wiki/Sonderwagen
[7] https://www.youtube.com/watch?v=MNB9GJO5kxM
[8] https://www.hrr-strafrecht.de/hrr/1/17/1-112-17-1.php
[9] https://www.bpb.de/dialog/netzdebatte/263692/contra-kennzeichnungspflicht-fuer-polizistinnen-und-polizisten
[10] https://de.wikipedia.org/wiki/Kennzeichnungspflicht_f%C3%BCr_Polizisten#Deutschland
[11] https://www.rav.de/start/
[12] https://twitter.com/rav_gs/status/1276822081053888513
[13] https://twitter.com/philippkruiger/status/1276807164791750658
[14] https://taz.de/Landfriedensbruch-beim-G20-Gipfel/!5471631/
[15] https://www.fr.de/meinung/wann-rechtsstaat-wirklich-gefaehrdet-11023003.html
[16] http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/041/1704163.pdf
[17] https://netzpolitik.org/2019/studie-polizeigewalt-richtet-sich-meistens-gegen-demonstrationsteilnehmer-und-fussballfans/
[18] https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2020/06/geisel-seehofer-einigung-berliner-antidiskriminierungsgesetz.html
[19] https://de.wikipedia.org/wiki/Polizeikultur
[20] https://netzpolitik.org/2020/polizeigewalt-beim-g20-keine-einzige-anklage/
[21] https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/deed.de
[22] https://www.flickr.com/photos/schwarzbrot/35823952825/
[23] https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.de
[24] https://www.flickr.com/photos/d-hackert/35034200983/
[25] https://creativecommons.org/licenses/by-nc/2.0/deed.de
[26] https://www.flickr.com/photos/timlueddemann/35724749615/
[27] https://www.flickr.com/photos/d-hackert/35003795674/
[28] https://www.flickr.com/photos/kevinhackert/34936424523/
[29] https://de.wikipedia.org/wiki/NATO-Draht
[30] https://www.flickr.com/photos/kevinhackert/34936301113/
[31] https://kritisches-netzwerk.de/tags/amtsdelikte
[32] https://kritisches-netzwerk.de/tags/beschwerdestellen
[33] https://kritisches-netzwerk.de/tags/burgerbekampfung
[34] https://kritisches-netzwerk.de/tags/burgerlicher-ungehorsam
[35] https://kritisches-netzwerk.de/tags/cop-culture
[36] https://kritisches-netzwerk.de/tags/danijel-majic
[37] https://kritisches-netzwerk.de/tags/demokratur
[38] https://kritisches-netzwerk.de/tags/deniz-celik
[39] https://kritisches-netzwerk.de/tags/desavouierung-des-politischen-gegners
[40] https://kritisches-netzwerk.de/tags/elitendemokratie
[41] https://kritisches-netzwerk.de/tags/ermittlungslucke

[42] https://kritisches-netzwerk.de/tags/ermittlungsverfahren
[43] https://kritisches-netzwerk.de/tags/g20
[44] https://kritisches-netzwerk.de/tags/g20-gipfel
[45] https://kritisches-netzwerk.de/tags/gefahrliche-korperverletzung
[46] https://kritisches-netzwerk.de/tags/gefahrliches-werkzeug
[47] https://kritisches-netzwerk.de/tags/generalverdacht
[48] https://kritisches-netzwerk.de/tags/gepanzerte-radfahrzeuge
[49] https://kritisches-netzwerk.de/tags/gewaltmonopol
[50] https://kritisches-netzwerk.de/tags/hamburg
[51] https://kritisches-netzwerk.de/tags/identitatsfeststellung
[52] https://kritisches-netzwerk.de/tags/immunisierung
[53] https://kritisches-netzwerk.de/tags/kennzeichnungspflicht
[54] https://kritisches-netzwerk.de/tags/korperverletzung-im-amt
[55] https://kritisches-netzwerk.de/tags/machtmissbrauch
[56] https://kritisches-netzwerk.de/tags/militarisierung-der-polizei
[57] https://kritisches-netzwerk.de/tags/panzerwagen
[58] https://kritisches-netzwerk.de/tags/philipp-kruger
[59] https://kritisches-netzwerk.de/tags/pfefferspray
[60] https://kritisches-netzwerk.de/tags/pferdemarkt
[61] https://kritisches-netzwerk.de/tags/polizeibeamte
[62] https://kritisches-netzwerk.de/tags/polizeibrutalitat
[63] https://kritisches-netzwerk.de/tags/polizeigewalt
[64] https://kritisches-netzwerk.de/tags/polizeikultur
[65] https://kritisches-netzwerk.de/tags/polizeiliche-massnahmen
[66] https://kritisches-netzwerk.de/tags/polizeipanzer
[67] https://kritisches-netzwerk.de/tags/polizeirecht
[68] https://kritisches-netzwerk.de/tags/polizeischikane
[69] https://kritisches-netzwerk.de/tags/polizeistaat
[70] https://kritisches-netzwerk.de/tags/polizeiterror
[71] https://kritisches-netzwerk.de/tags/polizeiubergriffe
[72] https://kritisches-netzwerk.de/tags/polizeiwillkur
[73] https://kritisches-netzwerk.de/tags/raumpanzer
[74] https://kritisches-netzwerk.de/tags/rav
[75] https://kritisches-netzwerk.de/tags/rechtsbruche
[76] https://kritisches-netzwerk.de/tags/rechtsstaat
[77] https://kritisches-netzwerk.de/tags/rechtsstaatlichkeit
[78] https://kritisches-netzwerk.de/tags/rechtsverletzungen
[79] https://kritisches-netzwerk.de/tags/repressionen
[80] https://kritisches-netzwerk.de/tags/republikanischer-anwaltinnen-und-anwalteverein
[81] https://kritisches-netzwerk.de/tags/schanzenviertel
[82] https://kritisches-netzwerk.de/tags/sonderwagen
[83] https://kritisches-netzwerk.de/tags/staatsgewalt
[84] https://kritisches-netzwerk.de/tags/staatsmacht
[85] https://kritisches-netzwerk.de/tags/staatsterror
[86] https://kritisches-netzwerk.de/tags/straflosigkeit
[87] https://kritisches-netzwerk.de/tags/strafverfolgung
[88] https://kritisches-netzwerk.de/tags/tater-uniform
[89] https://kritisches-netzwerk.de/tags/ungehorsam
[90] https://kritisches-netzwerk.de/tags/verhaltnismassigkeitsgrundsatz
[91] https://kritisches-netzwerk.de/tags/volksbekampfung
[92] https://kritisches-netzwerk.de/tags/wasserwerfer
[93] https://kritisches-netzwerk.de/tags/wasserwerfereinsatz
[94] https://kritisches-netzwerk.de/tags/willkurmassnahmen